

## **GEW eröffnet die Diskussion um Reform der Oberstufe am Gymnasium: Forderung nach grundlegender Überarbeitung der gesamten Oberstufe**

Die Landesfachgruppe Gymnasium der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern (GEW) trifft sich heute in München zu ihrer Delegiertenversammlung. Der wiedergewählte Vorsitzende Andreas Hofmann wandte sich mit klaren Forderungen an die Staatsregierung:

„Die gesamte Oberstufe muss grundlegend überarbeitet werden. Die Festlegung der Stundentafel der 11. Klasse war ein großer Fehler, der aber noch rückgängig gemacht werden kann. Die Verleihung der Hochschulreife ist Ziel des Gymnasiums, was nur durch eine inhaltlich anspruchsvolle und methodisch moderne Oberstufe erreicht werden kann!“

In seiner Grundsatzrede skizzierte Andreas Hofmann den von der GEW geforderten Rahmen und nannte speziell folgende Eckpunkte:

- Zwei freigewählte fünfstündige Schwerpunktfächer auf erhöhtem Niveau, „Das heißt: Weg mit der jetzt bestehenden Mogelpackung!“
- Individuell durch die Schüler\*innen gestaltbares Curriculum ab der 11. Klasse
- Stärkung der politischen Bildung durch eine verpflichtende Belegung von Sozialkunde als eigenständigem Fach in der 11. bis 13. Jahrgangsstufe (Die Staatsregierung hat dieses Fach jetzt in „Politik und Gesellschaft“ unbenannt.)
- Verankerung von selbstständigem wissenschaftspropädeutischem Arbeiten und intensiver Projektarbeit
- Abiturprüfung in vier Fächern
- Maximale Kursgrößen von 17 Schüler\*innen

„Alle Fehler, die bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums gemacht wurden“, sagte Hofmann in München, „wurden und werden jetzt wiederholt: Überstürzter Wechsel der Schuldauer, keine **durchgehende** Planung der Unterrichtsinhalte von der 5. bis zur 13. Klasse, keine pädagogische Reform in der Unter- und Mittelstufe.“

Die große Chance zur grundlegenden Überarbeitung der Oberstufe wurde durch das Ausweiten der Zweige des Gymnasiums auf die 8. bis 11. Jahrgangsstufe vertan. Die isolierte Veränderung alleine der Bewertungsphase in der Oberstufe, also der letzten beiden Jahrgangsstufen, genügt nicht.

„Das bisher Geplante zeigt, dass sich dieselben Personen aus dem Ministerium, dem bayerischen Philologenverband und der Landeselternvereinigung, die alle Irrtümer, wie das Flexi-Jahr und die „Mittelstufe plus“ entworfen oder zumindest mitgetragen hatten, schwer tun, eine mutige Reform zu Stande zu bringen. Aber noch kann die Oberstufe gerettet werden“, ergänzte Andreas Hofmann.

Die Planungen zur neuen 11. Klasse durch das Staatsministerium seien, so Hofmann, „völlig widersprüchlich“. Hier soll mit drei Stunden Unterricht in Geschichte und Sozialkunde das Fehlen der politischen Bildung in der Mittelstufe ausgeglichen werden. Durch zwei Stunden Informatik wird nach der Unterstufe erstmals wieder für alle in diesem Bereich überhaupt Unterricht erteilt. Mit dem geplanten Epochenunterricht und Projektunterricht über ein bis zwei Wochen finden sich hier die einzigen Innovationen der Reform.

In krassem Gegensatz dazu steht, dass mit einer „Überholspur“ möglichst viele SchülerInnen die 11. Jahrgangsstufe auslassen sollen. Insbesondere die politische Bildung würde dabei aber auf der Strecke bleiben. Hofmann fragte: „Zeigt sich hier, dass der Industriestandort Bayern der Staatsregierung wichtiger ist als die demokratische Bildung?“

Die GEW ist Gesprächsbereit. „Wir können gerade durch unsere deutschlandweite Vernetzung viel zur Diskussion über die moderne Ausgestaltung der Oberstufe beitragen“, wie Andreas Hofmann anmerkt. Die Staatsregierung hat jedoch bis jetzt in fast allen „Dialogrunden“ die Sachkunde der GEW-Vertreter\*innen nicht mit einbezogen. Das, so Hofmann, verspreche „nichts Gutes für die Ausgestaltung der Oberstufe“.

Die stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern, Martina Borgendale, war Gast bei der Delegiertenversammlung der GEW-Fachgruppe Gymnasium und bestärkte die Delegierten, gegenüber der Staatsregierung hartnäckig zu bleiben. „Wir in der GEW stehen für eine gute Bildung für alle, die erreicht wird durch gute Arbeitsbedingungen.“ Darüber hinaus lehnte Martina Borgendale unter großem Applaus die von Ministerpräsident Söder geforderten „Deutsch- und Wertekunde-Klassen“ als „Ausgrenzungsklassen“ klar ab.

Rückfragen gerne an:

Andreas Hofmann, Tel. 0151 / 61 32 69 67, Mail: [andreas.hofmann@gew.bayern](mailto:andreas.hofmann@gew.bayern)

V.i.S.d.P: Elke Hahn, Geschäftsführerin GEW Bayern, [elke.hahn@gew-bayern.de](mailto:elke.hahn@gew-bayern.de); Tel.: 0171 / 6760000